

Luckenwalde, 19.04.2011

## **Stellungnahme der Kreistagsfraktion DIE LINKE. zur Zusammenarbeit von Dr. Rudolf Haase mit dem Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR**

Sehr geehrter Herr Furian,

sehr geehrte Mitglieder der Arbeitsgruppe,

die Fraktion DIE LINKE. hat einstimmig dem Antrag zur Überprüfung der Mitglieder des Kreistages auf eine Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR zugestimmt. Wir haben in der Sitzung des Kreistages deutlich gesagt, dass wir die vorliegenden Anträge zur erneuten Überprüfung der Kreistagsabgeordneten auf eine hauptamtliche und inoffizielle Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR, im Zusammenhang mit den Debatten der ersten Wochen der neuen Wahlperiode auf Landesebene und dem rot-roten Regierungsprojekt sehen. Zwei Mitglieder der Linksfraktion im Landtag haben ihre frühere Zusammenarbeit mit dem DDR-Ministerium für Staatssicherheit verschwiegen. Sie haben bei ihren Wählerinnen und Wählern um Vertrauen geworben, ohne dies vor der Wahl selbst durch Vertrauen zu rechtfertigen und die Wählerinnen und Wähler über ihre gesamte Biografie in Kenntnis zu setzen.

Dieses Tun hat die rot-rote Koalition und den Landtag einer harten Belastungsprobe ausgesetzt. Die Verantwortung dafür liegt bei der LINKEN. Den damit verursachten Vertrauensverlust der Öffentlichkeit, den Wählerinnen und Wählern und dem Koalitionspartner gegenüber haben wir zutiefst bedauert.

Für die Linksfraktion im Kreistag Teltow-Fläming stand es auch deshalb außer Frage, dass wir uns nicht einer Debatte verschließen und auch nicht einer erneuten Überprüfung.

DIE LINKE, wie vormals die PDS, hat seit Beginn der 90er-Jahre klare Maßstäbe: Wir haben die vollständige Offenlegung der politischen Biografie einer und eines jeden zur Bedingung dafür gemacht, politische Ämter und Mandate im Namen und mit Unterstützung der Partei anzustreben (Anlage 1 und 2). Dieser offene und öffentliche Umgang mit politischen Biografien war ein widersprüchlicher und schmerzlicher Prozess. Wir selbst wollten und wollen uns diesen Prozess nicht ersparen, wir suchen diese Auseinandersetzung seit 20 Jahren, und wir werden damit nicht aufhören, denn es ist für uns kein tagespolitischer Zweck, der mit dieser Debatte verfolgt wird, sondern es geht um Antworten auf die Fragen von heute und morgen, wenn wir uns der Vergangenheit stellen.

Der Grund dafür war und ist unsere besondere Verantwortung als Nachfolgepartei der SED, unsere Verantwortung für das Scheitern des real gewesenen Sozialismus - als Partei und individuell - nicht zu verdrängen. Die Überwachung des eigenen Volkes, die Ausgrenzung und Inhaftierung Andersdenkender, fehlende Presse- und Reisefreiheit waren schwere Fehler. Und wir teilen die grundlegende Erkenntnis, dass die DDR an ihren diktatorischen Strukturen, an

fehlenden demokratischen und Bürgerrechten gescheitert ist. Und wir teilen auch die Erkenntnis, dass wir solche Verhältnisse nicht wieder haben wollen.

Auf dem Außerordentlichen Parteitag der SED am 16. Dezember 1989 sahen es die Delegierten als ihre Pflicht an, „sich im Namen der Partei beim Volk der DDR aufrichtig dafür zu entschuldigen, dass die ehemalige Führung der SED unser Land in diese existenzgefährdende Krise geführt hat. Wir danken aufrichtig den mündigen Bürgern unseres Landes, die die radikale Wende durch ihren mutigen, gewaltlosen Kampf erzwungen und uns damit auch die Chance zur revolutionären Erneuerung unserer Partei gegeben haben.“ (Prof. Lothar Bisky auf dem Außerordentlichen Parteitag der SED/PDS, Dezember 1989) Wir betrachten auch heute noch das Referat von Professor Dr. Michael Schumann „Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System“ (ebenda) als einen Schritt der Abkehr vom Stalinismus und als Unterstützung für den weiteren Prozess seiner konsequenten Überwindung.

Und in diesem Sinne gibt es für DIE LINKE nur einen Weg: sich offen zur eigenen Vergangenheit und Verantwortung zu bekennen, eine überzeugende politische Alternative vertreten und durch beides das Vertrauen der Bürger gewinnen. „Wer glaubwürdig für Transparenz in der Gesellschaft streiten will, muss sie in den eigenen Reihen praktizieren. Für dieses Prinzip wollen wir einstehen und durch Solidarität dem einzelnen ermöglichen, dieses Prinzip auch zu leben. Und wir wissen, dass diese Solidarität unter uns nur wächst, wenn wir uns selbst in Offenheit und Vertrauen begegnen. Dieses Stück weit anders zu bleiben als die SED war – mit ihren gnadenlosen internen Machtkämpfen, der Atmosphäre eines Schlangennestes, in dem keine Charaktere, sondern Charaktermasken wuchsen –, dann werden wir zum Duplikat und völlig unfähig, politische Alternativen zu verkörpern, geschweige denn durchzusetzen ... Wer offen mit seiner politischen Biografie umgeht und dann gewählt wird, hat allen Anspruch auf die Solidarität auch seiner Wählerinnen und Wähler ...“ (Referat von Prof. Dr. Michael Schumann auf dem 3. Parteitag der PDS, 19.-20. Januar 1993)

Sehr geehrter Herr Furian,  
sehr geehrte Mitglieder der Arbeitsgruppe,

unser Bemühen ist davon geprägt, aus der Geschichte zu lernen und DIE LINKE als demokratische Partei zu formieren, die mit der stalinistischen Tradition ein für allemal gebrochen hat. DIE LINKE unterstützt den Landtagsbeschluss vom 21. Oktober 2010 „Versöhnung in der Verantwortung vor der Geschichte“. Hier steht: „Vergangenheit darf die Zukunft nicht dominieren – Geschichte darf nicht verdrängt oder vertuscht werden. Jeder Einzelne sollte sich selbstkritisch die Frage stellen, welche Verantwortung er selbst bis 1989 getragen hat, unabhängig davon, ob er in der SED, in einer Blockpartei oder anderswo tätig war. Der offene und kritische Umgang mit früheren Fehlern ist ebenso notwendig wie die Übernahme von Verantwortung für verursachtes Unrecht in Missachtung von Freiheit und Demokratie. Der Respekt muss den Opfern gelten, das Andenken an erlittene Repressalien muss gewahrt werden. Die Lehren der Geschichte müssen im gesellschaftlichen wie individuellen Leben wach gehalten werden. Das Verhalten vor 1989 soll in Brandenburg auch weiterhin ‚mit menschlichem Maß‘ bewertet werden.“

Wir meinen, dass eine nur selektive Kenntnisnahme von Lebensläufen und Lebensleistungen und ihre Bewertung nach Maßstäben von heute, dem Umgang mit der Geschichte nicht gerecht werden. Und eben auch nicht, wenn DDR-Geschichte ausschließlich auf Repressionsgeschichte reduziert wird und die DDR und die Stasi Vehikel sind mit dem der politische Gegner DIE LINKE nieder gemacht werden soll.

Wir plädieren für eine differenzierte Einzelfallprüfung und für einen Umgang mit Biografien „Mit menschlichem Maß...“, wie es ein Landtagsbeschluss (Anlage 2) in Brandenburg seit

1994 aussagt. Denn „Niemand darf die persönliche Weiterentwicklung und der Wille zur Neuorientierung abgesprochen werden.“

**Zu den vorliegenden Erkenntnissen**, dass der Abgeordnete der LINKEN, Dr. Rudolf Haase, für den DDR-Staatssicherheitsdienst tätig war, möchten wir folgendes erklären:

1. Die Fraktion DIE LINKE. hat sich umfassend mit der Akte von Dr. Rudolf Haase und seiner Tätigkeit für den DDR-Staatssicherheitsdienst beschäftigt. Ausführlich nahm Dr. Rudolf Haase Stellung und beantwortete die Fragen der Abgeordneten der LINKEN.

2. Dr. Rudolf Haase wurde als Stadtverordneter damals der PDS in die erste frei gewählte Stadtverordnetenversammlung in Luckenwalde gewählt. Alle Luckenwalder Abgeordneten der PDS haben sich ausnahmslos und ohne Zögern der Überprüfung auf eine Tätigkeit für den DDR-Staatssicherheitsdienst gestellt. Im Ergebnis der Überprüfung wurde festgestellt, dass Dr. Rudolf Haase für den Staatssicherheitsdienst tätig war. Grundlage war die Übersendung von Materialien aus der damaligen so genannten „Gauck-Behörde“ wie sie heute in wesentlichen Auszügen vorliegen.

3. Dr. Rudolf Haase hatte bei der Nominierung als Kandidat der PDS über Kontakte mit dem DDR-Staatssicherheitsdienst informiert. Welcher Art diese Kontakte waren war aber einer breiten Öffentlichkeit nicht bekannt. Somit war vor der Wahl seinen Wählerinnen und Wählern dieser Teil seiner Biografie nicht bekannt. Er bedauerte ausdrücklich diesen Umstand und auch, dass er zweifellos mit seiner Tätigkeit einen Vertrauensbruch gegenüber den Betroffenen begangen hat.

4. Das Interesse der DDR-Staatssicherheit für seine Person erklärte Dr. Rudolf Haase aus zwei Gründen: Zum einen war er seit seiner frühesten Jugend mit einer Frau aus Westdeutschland bekannt und später verlobt. Aus der Verbindung ging ein Kind hervor. Er hoffte, dass nach der Beendigung seines Studiums seine Verlobte in die DDR übersiedelt und er dann heiraten kann. Über die Briefe und Kontakte zu seiner Verlobten war der Staatssicherheitsdienst bestens informiert. Das entnahm Dr. Rudolf Haase der Akte seiner früheren Verlobten, die er 2008 einsehen und für seine eigene Auseinandersetzung mit diesem Thema nutzen konnte. Zum zweiten wird aus dieser Akte deutlich (die Auszüge gab Herr Dr. Rudolf Haase der Fraktion zum Lesen), dass der Staatssicherheitsdienst der DDR Interesse an Dr. Rudolf Haase aus beruflichen Gründen hatte. Er war Geophysiker bzw. zuerst Student und arbeitete in hochsensiblen Bereichen der Rohstofferkundung u. a. mit radioaktiven Erkundungsmethoden, die in der Uranforschung angewendet wurden.

Dr. Rudolf Haase dazu: „Für mich gab es zwei Beweggründe mit dem DDR-Staatssicherheitsdienst zusammen zu arbeiten und mich darauf einzulassen: Mit der Familie zusammenzukommen und zum anderen, die DDR, meine Heimat, nicht verraten zu müssen und ihr aus Überzeugung zu dienen.“

5. Mit der Verpflichtung von Dr. Rudolf Haase als Geheimer Mitarbeiter von 1967 bis 1968 (mit Auslandskontakt, wie aus dem Lesen der Akte seiner früheren Verlobten hervorgeht) und als Inoffizieller Mitarbeiter im besonderen Einsatz von 1968 bis 1984 waren „ausgezahlte Beträge und geleistete Sachwerte“ verbunden. In der Anlage 1 Blatt 2 der Behörde für die Stasiunterlagen wird folgendes ausgeführt: „Ob die Geldbeträge Prämien, Vorschüsse für eventuelle Auslagen waren oder einem anderen Zweck dienten, ist im Einzelnen nicht ersichtlich. (Mit einer Ausnahme über 100 Mark im Jahr 1969, die als MfS-Prämie quittiert ist). Dazu erklärte Dr. Rudolf Haase: Diese Zahlungen waren Spesenmittel, auch im Zusammenhang mit Westreisen, und für den notwendigen Aufwand sowie den Kauf von Kleidungsstücken, um im westlichen Ausland vom Äußeren her nicht aufzufallen.“

6. Dr. Rudolf Haase hatte seine Tätigkeit mit subjektiv achtenswerten Motiven begründet, die auch in seiner Verpflichtungserklärung zum Ausdruck kommen:

„... Kampf gegen die Feinde der Republik und gegen die Feinde des Friedens...“. Ihm war zu diesem Zeitpunkt nicht die verhängnisvolle Rolle der Staatssicherheit bewusst. Dr. Rudolf Haase verdeutlichte an seiner Biografie von der Nachkriegszeit bis zum Ende der DDR die Umstände seines Tuns. Dr. Rudolf Haase: „ ... Ich verabscheute immer Krieg und Soldaten. Ich wurde auch von meiner Mutter humanistisch, antifaschistisch und pazifistisch erzogen. Die DDR war für mich emotionale und politische Heimat und stellte die einzige Alternative zum kapitalistischen Deutschland dar. Bedrückend war für mich, dass in der alten BRD wieder Nazis in Amt und Würden tätig waren ... Mein DDR-Bild war unerschütterlich. Als ich 16 Jahre alt war, wurde ich Mitglied in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.“

Für Dr. Rudolf Haase stand nach der Kenntnisnahme der Überprüfungsergebnisse der Stadtverordnetenversammlung Luckenwalde zu seiner IM-Tätigkeit außer Frage, dass er sein Abgeordnetenmandat sofort niederlegt. Seine Biografie war einer breiten Öffentlichkeit, seinen Wählerinnen und Wählern, nicht bekannt.

7. Dr. Rudolf Haase stellte sich unter Offenlegung seiner Biografie und seiner Tätigkeit für das DDR-Staatssicherheitsministerium als Kandidat der PDS – später der LINKEN – wieder zur Wahl. Er wurde zu allen folgenden Wahlen für die Stadtverordnetenversammlung Luckenwalde und in den Kreistag Teltow-Fläming gewählt.

8. In Beachtung dieser Sachverhalte stellt die Fraktion DIE LINKE. fest: Dr. Rudolf Haase ist seit Anfang der 90'iger Jahre öffentlich mit seiner Biografie und Tätigkeit für den DDR-Staatssicherheitsdienst umgegangen. Seit dieser Zeit hat er sich offen mit seiner Biografie auseinandergesetzt. Die Fraktion DIE LINKE. anerkennt, dass sich Dr. Rudolf Haase in den letzten 20 Jahren seit der Wende mit einem hohen persönlichen Engagement für die Entwicklung seiner Heimatstadt Luckenwalde und im Landkreis Teltow-Fläming eingesetzt hat. Dr. Rudolf Haase überzeugt durch seine fachkompetente Arbeit im Rechnungsprüfungsausschuss und im Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt des Kreistages Teltow-Fläming. Dr. Rudolf Haase hat in all seinem Tun deutlich dokumentiert, dass er sich den Prinzipien des demokratischen Rechtsstaates verpflichtet fühlt.

Die Fraktion DIE LINKE. sieht aus diesen Gründen einen Schritt, der Auswirkungen auf das Mandat hat, für nicht geboten.